

### Schriftlicher Bericht

#### **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/5595

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 18/6131

Berichterstattung: Abg. Deniz Kurku (SPD)

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt Ihnen in der Drucksache 18/6131, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Beschlussempfehlung kam im federführenden Ausschuss einstimmig zustande. Der mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen schloss sich dieser Beschlussempfehlung an.

Der Gesetzentwurf wurde am 17. Januar 2020 direkt an den Ausschuss für Inneres und Sport und den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen. Der Gesetzentwurf enthält die nach Artikel 35 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Zustimmung des Landtages zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern.

Der federführende Ausschuss für Inneres und Sport hat in seiner Sitzung am 5. März 2020 zwei Vertreterinnen der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen sowie eine Vertreterin der Landespolizei Niedersachsen angehört und den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. März 2020 abschließend beraten.